

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Ein zentrales Ziel deutscher Europapolitik in die Tat umgesetzt

Der Europäische Rat von Maastricht hatte am 9. und 10. Dezember 1991 Einigkeit über eine unumkehrbare Entwicklung zur Europäischen Union erzielt. Damit wurde ein wichtiges Zwischenziel des Europäischen Einigungswerks erreicht. Heute werden die Außen- und Finanzminister der „Zwölf“ in Maastricht den Vertrag über die Europäische Union unterzeichnen. Der Vertrag enthält folgende wesentliche Elemente:

● Die Europäische Gemeinschaft wird noch in diesem Jahrzehnt in eine Wirtschafts- und Währungsunion eintreten, die mit einer unabhängigen Euro-

**Erklärung des Bundeskanzlers
anlässlich der Unterzeichnung des
Vertrages über die Europäische Union
in Maastricht am 7. Februar**

● Die Europäische Zentralbank vorrangig der Geldwertstabilität verpflichtet ist. Der Vertrag sieht vor, daß auf dem Wege zu diesem Ziel die Mitgliedstaaten zu einer Stabilitätsgemeinschaft zusammenwachsen.

● Die Europäische Union wird den Grundsätzen des Föderalismus verpflichtet sein. In der Union

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Asylrecht**
CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschließt Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes. Seite 4
- **Steueränderungsgesetz**
SPD verweigert Solidarität. Seite 5
- **Landwirtschaft**
Agrarbericht 1992: Einkommensentwicklung im Schatten agrarpolitischer Neuorientierung. Seite 11
- **SED-Unrecht**
Generalsekretär Volker Rühle: „In der Wahrheit leben“ — die große Chance der freiheitlichen Demokratie. Seite 16
- **CDU**
Schleswig-Holstein Landesparteitag in Eckernförde: Die Wahl am 5. April ist erst entschieden, wenn die Wahllokale schließen. Seite 26
- **Dokumentation**
Die SPD trägt die Verantwortung für den Mißbrauch des Asylrechts. Grüner Teil

Glückwünsche für Bernhard Vogel

Zu seiner Wahl zum Ministerpräsidenten des Landes Thüringen hat Bundeskanzler Helmut Kohl dem bisherigen Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel, sehr herzlich gratuliert.

Helmut Kohl: Für Dein neues Amt wünsche ich Dir zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Thüringens und zum Wohle unseres vereinten deutschen Vaterlandes Erfolg und eine

glückliche Hand. Ich bin sicher, daß das Land Thüringen von Deinen großen politischen Erfahrungen profitieren wird. Meine Hilfe und Unterstützung sind Dir jederzeit sicher.

Generalsekretär Volker Rühle drückte Vogel gegenüber die Überzeugung aus, daß „dies für Thüringen eine sehr gute Wahl ist und daß Sie mit Ihrer politischen Erfahrung und Ihrer Fähigkeit zur Integration Erfolg haben werden“.

(Fortsetzung von Seite 1)

werden die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden. Durch vertragliche Verankerung des Subsidiaritätsprinzips und eines Regionalausschusses wird die Ausgewogenheit der gemeinschaftlichen Entwicklung zu einem Europa der Einheit in Vielfalt gesichert.

● Bei der Innen- und Justizpolitik wird die Zusammenarbeit — insbesondere bei der Asyl- und Einwanderungspolitik sowie bei der Bekämpfung des internationalen Drogenhandels und des organisierten Verbrechens — wesentlich vertieft mit der Perspektive, auch hier in den nächsten Jahren zu einer echten Gemeinschaftspolitik zu kommen.

● Die Rechte des Europäischen Parlaments werden erweitert. Parlamentarische Bestätigung der Kommission, Untersuchungs- und Petitionsrecht sowie der Einstieg in eine echte Mitentscheidung bei der gemeinschaftlichen Gesetzgebung bringen substantielle Fortschritte.

Mit Befriedigung kann ich heute erneut feststellen, daß sowohl die Wirtschafts- und Währungsunion als auch die Politische Union eindeutig von Positionen geprägt werden, die wir — in enger

Zusammenarbeit mit den Ländern und der Bundesbank sowie in einigen wichtigen Initiativen gemeinsam mit Frankreich — erarbeitet haben. Mit den Weichenstellungen von Maastricht haben wir ein zentrales Ziel deutscher Europapolitik in die Tat umgesetzt. Der Weg zur Europäischen Union ist damit unumkehrbar.

Die Bundesregierung wird den Vertrag unverzüglich den gesetzgebenden Körperschaften zur Ratifikation zuleiten, damit das Reformwerk wie vorgesehen gleichzeitig mit dem Europäischen Binnenmarkt zum 1. Januar 1993 in Kraft treten kann.

(Stichworte zum Vertrag für eine Europäische Union: Seite 23)

Stabilität gesichert

Der Vertrag von Maastricht schafft die Voraussetzungen für eine stabile Wirtschafts- und Währungsunion in Europa. Die Stabilität ist durch objektive Kriterien gesichert. Nur wenn sie erfüllt werden, kann die Währungsunion kommen.

Theo Waigel

Wolfgang Schäuble:

Schamloser Populismus der SPD stellt Ergebnis von Maastricht in Frage

Nachdem die SPD dem Vertrag von Maastricht so nicht zustimmen will, hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, vor der Fraktion folgendes erklärt:

In der Aussprache zur Regierungserklärung zu den Ergebnissen von Maastricht am 13. Dezember 1991 hat Frau Kollegin Matthäus-Maier für die SPD-Bundestagsfraktion das Ergebnis von Maastricht ausdrücklich begrüßt. Inzwischen ist der schamlose Populismus der SPD so weit vorangeschritten, daß das Präsidium der SPD heute erklärt hat, ihre Zustimmung zum Vertrag über die Europäische Union von Bedingungen abhängig machen zu müssen. Die Bundesregierung müsse für Nachbesserungen sorgen. Die SPD-Spitze rief dazu auf, die Sorgen in der Bevölkerung für einen Stabilitätsverlust der deutschen Währung „ernst zu nehmen“.

Grundsätze verworfen

Die Sozialdemokraten, die noch bis Ende vergangenen Jahres wenigstens in der Europa-Politik ein halbwegs berechenbarer Partner zu sein schienen, werfen offenbar die letzten Grundsätze für eine verantwortbare Politik über den Haufen. Es paßt zur Haltung einer Partei, die offenbar finster entschlossen ist, das Zustandekommen eines Steuerpaketes zugunsten der Familien, zugunsten der Arbeitsplätze und vor allen Dingen zugunsten der ostdeutschen Bundesländer um jeden Preis zu verhindern.

Dazu lehnt die SPD eine Mehrwertsteuererhöhung ab, von der man weiß, daß sie zum 1. Januar 1993 ohnedies in der Europäischen Gemeinschaft notwendigerweise kommen wird — eine Mehrwertsteuererhöhung, deren Gesamtaufkommen den ostdeutschen Ländern zur Verfügung gestellt werden soll.

Hemmungslos opportunistisch

Wir müssen diesem wirklich hemmungslosen Opportunismus der Sozialdemokraten entsprechend begegnen und ihn öffentlich deutlich machen. Es gibt überhaupt keine Frage, daß bei den Kriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion in Maastricht durch die Bundesregierung, den Bundeskanzler und den Bundesfinanzminister, mehr erreicht worden ist, als alle Experten vorher für möglich gehalten hätten.

Personalien

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 11. Februar den CDU-Bundestagsabgeordneten **Franz Hermann Kappes** zum stellvertretenden Vorsitzenden (Obmann) der Arbeitsgruppe Recht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt und den CDU-Bundestagsabgeordneten **Werner Dörflinger** für das Amt des Vorsitzenden des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau benannt.

CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschließt:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am Dienstag, dem 11. Februar 1992, zwei wichtige Gesetzesentwürfe zur Asylfrage einstimmig und ohne Enthaltungen beschlossen.

1. Den Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Asylverfahrens, das sogenannte Beschleunigungsgesetz, das auf den Vereinbarungen von CDU/CSU, FDP und SPD im Parteiengespräch beim Bundeskanzler am 10. Oktober 1991 beruht und von den drei Fraktionen gemeinsam im Bundestag eingebracht werden soll.

2. Den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes, der im Zusammenhang mit dem Ratifizierungsverfahren des Schengener und Dubliner Abkommens im Bundestag in erster Lesung beraten werden soll.

Der Gesetzesentwurf sieht eine Änderung des Artikels 16, der das Grundrecht auf politisches Asyl enthält, und des Artikels 24 vor, der die Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen regelt.

Der Gesetzesentwurf der CDU/CSU-Fraktion hat folgenden Wortlaut:

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 16 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

Asylrecht genießt nicht, wer aus einem Staat einreist, in dem er nicht der Gefahr ausgesetzt ist, politisch verfolgt oder in einen Staat abgeschoben zu werden, in dem ihm politische Verfolgung droht; das Nähere regelt ein Bundesgesetz. Dieses Gesetz kann bestimmen, daß Asylbewerber aus Staaten, auf die die Voraussetzungen des Satzes 2 zutreffen, an der Grenze zurückgewiesen werden können oder ihr Aufenthalt im Geltungsbereich des Grundgesetzes unverzüglich beendet werden kann.“

b) Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben.

2. Artikel 24 wird wie folgt geändert:

Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2a eingefügt:

„(2a) Artikel 16 Abs. 3 steht völkerrechtlichen Verträgen nicht entgegen, die Fragen des Asylrechts und des Asylverfahrensrechts mit dem Ziel einer Harmonisierung zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften zum Gegenstand haben. Dies gilt auch, soweit in den Verträgen eine gegenseitige Anerkennung von Asylentscheidungen vorgesehen ist.“

Wolfgang Schäuble wies darauf hin, daß der Antrag in voller Übereinstimmung mit den Koalitionsvereinbarungen steht. Dort wurde festgelegt, daß bis Ende 1992 eine europäische Regelung des Asylrechts in formeller und materieller Hinsicht unter Berücksichtigung der Genfer Flüchtlingskonvention angestrebt wird, an der die Bundesrepublik Deutschland mit gleichen Rechten und Pflichten teilnimmt.

SPD verweigert Solidarität

Die fortgesetzte Blockadepolitik der SPD, die zum Scheitern der Verhandlungen zum Steueränderungsgesetz im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat geführt hat, gefährdet erhebliche Verbesserungen für die Familien, die Eigenheimbauer, den Mittelstand und die Finanzausstattung aller Bundesländer, insbesondere der neuen Länder. Es geht nicht nur um die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt.

Darum geht es im einzelnen:

- 1 Verbesserung des Familienlastenausgleichs (Gesamtvolumen: mindestens 6,7 Mrd. DM jährlich) durch**
 - Erhöhung des Kindergeldes für das erste Kind von 50 auf 70 DM,
 - Erhöhung der Obergrenze des Kindergeldzuschlags von 48 auf 65 DM,
 - Anhebung des Kinderfreibetrages um 1080 DM auf 4104 DM.
- 2 Verbesserung der Wohnungsbauförderung (Gesamtvolumen: 700 Mio. DM jährlich) durch steuerliche Erleichterungen für Eigenheimbauer.**

- 3 Einstieg in die Unternehmenssteuerreform mit deutlichen Verbesserungen für die mittelständische Wirtschaft durch**

- Anhebung des Gewerbeertragssteuerfreibetrages von 36.000 auf 48.000 DM,
- Übernahme der Steuerbilanzwerte in die Vermögenswertaufstellung,
- neue Staffelung der Maßzahlen nach dem Gewerbeertrag.

- 4 Verbesserung der Ausstattung der neuen Bundesländer durch Aufstockung der Mittel aus dem Fonds Deutsche Einheit (1992—1994 um weitere 31,3 Mrd. DM).**

- 5 Erhöhung des Umsatzsteueranteils aller Länder von 35 auf 37 Prozent für die Jahre 1993 bis 1994, was für alle Länder zusammen eine Verbesserung ihrer Einnahmen um 8,6 Mrd. DM bringt.**

Alle diese Maßnahmen können jetzt nicht in Kraft treten. Eine Familie mit einem Kind könnte bereits über 100 DM mehr an verfügbarem Einkommen haben, wenn die SPD die Gesetzgebung nicht blockiert hätte. Für den Wohnungsmarkt bedeutet diese Blockade eine zusätzliche Bela-

SPD-Blockade-Politik

stung, weil potentielle Bauherren ihre Bauabsichten vertagen. Für die Wirtschaft gibt es 11 Monate vor Vollendung des europäischen Binnenmarktes immer noch erhebliche Unklarheiten über die steuerlichen Rahmenbedingungen; Investitionsentscheidungen werden negativ beeinträchtigt. Für alle Bundesländer bedeutet dies einen geringeren Spielraum für wichtige landespolitische Aufgaben. Den neuen Ländern und den Kommunen dort fehlen die Planungsgrundlagen für dringend notwendige Investitionen; unzählige Arbeitsplätze, die jetzt dringend geschaffen werden müssen, sind gefährdet.

Zwar fordert auch die SPD Leistungsverbesserungen, der soliden Finanzierung —

Volker Rühle: Schlag ins Gesicht

Zum Ergebnis der Verhandlungen im Vermittlungsausschuß am 5. Februar 1992 erklärte Generalsekretär Volker Rühle:

Die in den Verhandlungen des Vermittlungsausschusses zum Steueränderungsgesetz erneut betriebene Verweigerungshaltung der SPD ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen in den neuen Ländern. Das Angebot der Koalition, die durch die Mehrwertsteuererhöhung erzielten Mehreinnahmen voll in die neuen Länder fließen zu lassen, wäre ein Meilenstein in Richtung einer neuen Prioritätensetzung im vereinten Deutschland.

Es ist höchst unsolidarisch, wenn z. B. die brandenburgische Arbeitsministe-

rin Hildebrandt unter dem Eindruck der aktuellen Arbeitslosenzahlen ständig neue finanzielle Forderungen an Bonn stellt, gleichzeitig aber jede seriöse Finanzierungsmöglichkeit der Parteraison opfert.

Die Sozialdemokraten in den neuen Ländern müssen sich fragen lassen, wie lange sie sich noch zum Gefangenen der westdeutschen Parteispitze machen lassen wollen. Ich warne die SPD davor, ihre mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen betriebenen parteitaktischen Spielereien fortzusetzen. Wer ständig Solidarität fordert, sich der Verantwortung aber verweigert, macht sich ungläubwürdig.

die nur über eine Anhebung der Mehrwertsteuer zu erreichen ist — entzieht sie sich jedoch aus taktischen Gründen. Ihre Verweigerungshaltung zeigt, was von ihren Solidaritätsbekundungen zu halten ist. Jetzt, wo es darum geht, praktische Solidarität zu üben, läßt sie die Familien, die Wohnungssuchenden, die Mittelständler und die Menschen in den neuen Bundesländern im Stich!

Falsche Behauptung

● Die SPD behauptet, die Mehrwertsteuer sei unsozial.

Dies ist falsch. So sind die Mieten, die generell nicht mehrwertsteuerpflichtig sind, von der Erhöhung genauso wenig betroffen wie Lebensmittel und Druck-erzeugnisse, für die der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent beibehalten wird.

SPD-Forderung unverträglich

● Die von der SPD geforderte Verlängerung des Solidaritätszuschlags für Besserverdienende (60.000/120.000 DM: Ledige/Verheiratete) bringt nicht die notwendigen Einnahmen zur Finanzierung des Leistungspakets. Eine Verlängerung des Solidaritätszuschlags für alle ist aber konjunktur- und sozialpolitisch weitaus unverträglicher als ein Punkt Mehrwertsteuererhöhung und kommt deshalb nicht in Frage.

SPD mit Scheinalternative

● Auch die von der SPD vorgeschlagene Verwendung des Bundesbankgewinns ist eine Scheinalternative. Der Bundesbankgewinn wird zur Verringerung der Verschuldung benötigt. Außerdem ist er hohen Schwankungen unterworfen, wes-

halb er für die Finanzierung dauerhafter zusätzlicher Leistungen nicht tauglich ist. Die einzige Alternative, die die SPD also wirklich anbieten kann, ist der Weg in eine höhere Verschuldung. Sie betreibt ihre übliche Politik ungedeckter Schecks. Die CDU will dagegen die verbesserten Leistungen auf ein solides Finanzierungsfundament stellen. Deshalb sagen wir: Seriös geht es nur mit der Mehrwertsteuer. Sie ist sozialpolitisch vertretbar und europapolitisch geboten, denn im Zuge der Harmonisierung der europäischen Umsatzsteuern kommt sie ohnehin.

Dies weiß auch Björn Engholm. In einem Schreiben an den Hauptverband des deutschen Einzelhandels führte er aus: Eine „Mehrwertsteuererhöhung stellt sich zum einen als die abwicklungstechnisch einfachste Maßnahme dar, zum anderen könnte sie im Hinblick auf die EG-Harmonisierung endgültig eingeführt werden“. Björn Engholm muß sich daher fragen lassen, welche sachlichen Gründe ihn dazu bewogen haben, seine ursprünglich richtige Einsicht aus parteitaktischen Gründen aufzugeben.

Engholm drückt sich vorbei

Es gibt nur eine Antwort: Mit berechnender Rücksicht auf die anstehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg drückt sich der SPD-Kanzlerkandidat wider Willen an einer unvermeidbaren Entscheidung vorbei — wohlwissend, daß die SPD-Länderfinanzminister längst mit den Geldern aus der Mehrwertsteuererhöhung rechnen. Der brandenburgische SPD-Finanzminister Kühbacher hat dies bereits eingestanden: „Dahinter steckt die Taktik, daß man den Parteivorsitzenden Engholm bei den bevorstehenden schleswig-holsteinischen Landtagswahlen nicht mit der Zustimmung zu einer Steuererhöhung in weitere Schwierigkeiten bringen will.“

Kommentare

Steuerpoker ist Wahlkampf

Bei allem finanzpolitischen Poker, bei dem vor allem die SPD auf Schlingerkurs war, scheint es allerdings in erster Linie um Wahlkampfstrategie zu gehen. Die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg am 5. April stehen vor der Tür. Lafontaine würde die Union gern als Steuererhöhungspartei vorführen.

Frankfurter Neue Presse



Übertölpelt

Die Dummen im derzeitigen Steuerpoker sind allemal die Bürger. Sie müssen auf das bereits für Januar zugesagte höhere Kindergeld und auf die Hilfen im Wohnungsbau noch länger warten. Die Sozialdemokraten wollen die Bevölkerung zwar davon überzeugen, daß sie sich mit ihrer Forderung nach Verdoppelung des Kindergeldes von 50 auf 100 Mark besonders um das Wohl der kleinen Leute sorgen.

Ankommen wird bei Otto Normalverbraucher aber eher die Botschaft, daß er nun noch nicht einmal die von der Regierung zugesagten 70 Mark zügig ausgezahlt bekommt. Damit kann sich die von der SPD eingeschlagene Taktik leicht in ihr Gegenteil verkehren. Der Bürger füllt sich schlicht übertölpelt. Kölnische Rundschau



Mit Zitronen gehandelt

Geplatzt ist der Politpoker, weil die SPD-Länder ihre Forderungen maßlos nach oben getrieben haben. Es könnte auch das Ansehen einer Partei beschädigen, wenn sie vor einer Wahl nur so tut, als könne sie die Mehrwertsteuererhöhung verhindern, weil diese ja spätestens Mitte April ohnehin in europäisches Recht umgesetzt wird,

wenn eine Partei überreizt und dadurch gegenüber dem Wähler mit Zitronen handelt, statt ihm greifbare Vorteile zu beschreiben. Besonders bedrohlich erscheint eine solche Verweigerungshaltung mit Blick auf die neuen Länder, die nun erst einmal auf dem Trockenen sitzen. Sonderbar, wie sich Brandenburgs Finanzminister der verfehlten SPD-Parteiiräson gebeugt hat. Auch Niedersachsens Ministerpräsident hat den Aufstand nur geprobt, die Lippen nur gespitzt. Parteiinteressen haben schließlich die Oberhand gewonnen gegenüber wirtschaftlicher und politischer Vernunft. Und die ganze Republik wird das auszubaden haben.

Westdeutscher Rundfunk



Partei gegen die Einheit

Wieder einmal hat die SPD gezeigt, daß sie nicht die Partei der Einheit ist. Werden sich die Bürger von der sozialdemokratischen Mischung aus West-Egoismus und fader sozialpolitischer Folklore — siehe Kindergeld — beeindrucken lassen?

Frankfurter Allgemeine Zeitung



Unverständlich

Auch die Einwohner Brandenburgs werden kaum verstehen, daß der Familien-Lastenausgleich sowie das höhere Erstkindergeld und der bei niedrigen Einkommen beson-

ders wichtige Kindergeld-Zuschlag aufgeschoben werden sollten, weil Lafontaine die Bundesregierung und vor allem Finanzminister Waigel „vorführen“ will.

Rheinische Post



Spiegelfechtere

Die Forderung der SPD, die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 14 auf 15 Prozent zu verschieben, ist reine Spiegelfechtere. Die Bundesregierung kann die Steuererhöhung nämlich gar nicht verschieben oder vermeiden. In der Gestalt ihres Finanzministers Waigel hat sie im vergangenen Juni dem EG-Beschluß zugestimmt, daß die Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1993 erhöht wird. Jetzt kann sie nicht aufs Gegenteil verfallen und ihre Zustimmung verweigern, wenn dieser Beschluß im April zur Richtlinie werden soll.

Frankfurter Allgemeine Zeitung



Bürgerverdruß

Sollten die SPD-regierten Länder kommenden Freitag das Steuerpaket der Bundesregierung wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 14 auf 15 Prozent ablehnen, wird wieder einmal der Bürger die Zeche zahlen. Niemand darf sich wundern, wenn ihm Zornesröte ins Gesicht steigt.

Welt am Sonntag

Saar-Haushalt erneut verfassungswidrig

Der Haushalt des Saarlandes ist vom Landesrechnungshof zum vierten Male hintereinander für verfassungswidrig erklärt worden. Wie bereits von 1988 bis 1990 stehe auch der 5,48-Milliarden-Etat des Jahres 1991 mit der Verfassung nicht in Einklang, da „die Einnahmen aus Krediten unzulässigerweise die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Investitionen übersteigen“. Das Saarland ist mit jährlich 700 Millionen Mark Neuverschuldung ein „Gefangener seines Schuldendienstes“, meinte Rechnungshof-Präsident Roman Schmit bei der Vorlage des Jahresberichts 1991.

Saisonüblicher Anstieg der Arbeitslosigkeit zu Jahresbeginn

Die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung im vereinten Deutschland entsprach den Erwartungen. Der erst langsam zusammenwachsende Arbeitsmarkt wurde einheitlich durch den zu Jahresbeginn saisonüblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit geprägt.

In den neuen Ländern wurde dieser Anstieg jedoch durch Sonderentwicklungen, insbesondere das Auslaufen der speziellen Kurzarbeiterregelungen, überlagert. Die damit verbundene Halbierung der Kurzarbeiterzahl hat nicht überrascht, ebensowenig der daraus resultierende Anstieg der Arbeitslosenzahl um 306.000. Die Zunahme der Arbeitslosenquote auf 16,5 Prozent wurde jedoch auf einer um 900.000 Erwerbstätige verringerten Basis errechnet. Diese statistikbedingte Umstellung ist bei einem Vergleich mit der Dezemberquote zu berücksichtigen, so daß sich letztendlich ein 3,4-prozentiger Zuwachs ergibt.

In den westlichen Bundesländern sind bei saisonbereinigter Betrachtung kaum Bewegungen am Arbeitsmarkt auszumachen. Dies gilt sowohl für die bereinigte Arbeitslosenzahl, die weiterhin bei rund 1,7 Millionen stagniert, als auch für die entsprechenden Werte von Kurzarbeitern und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Beschäftigten.

Julius Louven, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die ganze Hilfslosigkeit der SPD-Opposition gegenüber unserer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik dokumentiert sich auch in den immer wiederholten ungeheuerlichen Angriffen, daß die Arbeitsmarktstatistik manipuliert

sei. Die SPD hat außer Polemik und dem Ruf nach mehr Staat keine brauchbaren Rezepte. Richtigerweise werden Basisdaten einer Statistik in regelmäßigen Abständen überprüft und erforderlichenfalls angepaßt, um eine Schiefelage zu vermeiden. Dadurch ist jetzt zum Beispiel für die neuen Länder die Arbeitslosenquote alleine um 1,3 Prozent-Punkte gestiegen.

Eigene sinnvolle Vorschläge hat die Opposition nicht parat. Vielmehr bescheiden führende Oppositionspolitiker der Regierungskoalition eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Mit unserer Politik konnte bislang der Anstieg der Arbeitslosenzahl auch in den

Die SPD hat außer Polemik und dem Ruf nach mehr Staat keine brauchbaren Rezepte.

neuen Bundesländern erheblich gebremst werden, wobei hier in erster Linie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Aus-, Weiter- und Fortbildung zu nennen sind.

Für die weitere Wirtschaftsentwicklung räumen Sachverständige gute Wachstumschancen ein. So wird allgemein ein Bauboom im Osten erwartet, wobei durch Qualifizierung dem Mangel an Facharbeitern entgegenzusteuern ist. In dem im Westen besonders wichtigen Wirtschaftszweig, dem Maschinenbau, zeichnen sich erste Lichtblicke ab. Bei dieser insgesamt positiven Einschätzung dürfen jedoch Risiken, die sich aus der Ostexportabhängigkeit für die neuen Länder ergeben, nicht übersehen werden. ■

Wirtschaftsstandort Deutschland: Auch hier SPD nicht einig

Zu den Äußerungen sozialdemokratischer Politiker im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsstandort Deutschland erklärte der Stellvertretende Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Glos:

Die deutschen Sozialdemokraten zeigen in der Diskussion um die Qualitäten des Wirtschaftsstandortes Deutschland ein überaus zerrissenes Bild:

- Sowohl der Parteivorsitzende als auch der Spitzenkandidat bei der baden-württembergischen Landtagswahl sorgen sich um den Standort Deutschland und möchten ihn durch Senkung der Steuern auf einbehaltene Gewinne stärken.

- Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag reklamiert für seine Partei in dieser Frage sogar die größere Kompetenz und will über längere Maschinenlaufzeiten (also eine flexiblere Arbeitszeitregelung) nachdenken.

- Dagegen verharmlosen die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dreßler und Matthäus-Maier die Situation und wollen sich auf den deutschen Stärken der Vergangenheit ausruhen bzw. tun die Standortdiskussion als Interessenpolitik zugunsten der Unternehmen ab.

Sicherlich verfügt die Bundesrepublik über eine gute räumliche und soziale Infrastruktur. Die deutsche Währung ist nach wie vor stabil. In den 80er Jahren hat eine moderate Lohnstückkostenentwicklung die deutsche Wettbewerbsfähigkeit positiv beeinflusst. Die bisher geringe Zahl von Streiktagen ist ebenfalls ein Positivfaktor.

Daraus aber den Schluß zu ziehen, Deutschland bliebe auch in der Zukunft ein exzellenter Wirtschaftsstandort,

hieße, die Dinge völlig zu verkennen. Nicht die Ergebnisse von gestern sind entscheidend für die Zukunftsfähigkeit eines Wirtschaftsstandortes, vielmehr kommt es auf die Ausgestaltung der gegenwärtigen und künftigen Investitionsbedingungen an.

Es muß uns schon zu denken geben, daß die deutschen Direktinvestitionen im Ausland seit 1990 sprunghaft angestiegen sind, während die Direktinvestitionen von Ausländern bei uns seit langem auf niedrigem Niveau verharren. Wenn diese Entwicklung sicherlich zu einem guten Teil für eine reife Volkswirtschaft, die neue Standbeine in neuen Wachstumsmärkten aufbauen will, ganz normal ist, so ist dies doch auch ein Zeichen für die nachlassende Attraktivität des eigenen Investitionsstandortes. So ist unbestreitbar, daß die deutsche Wirtschaft derzeit im internationalen Vergleich mit relativ hohen Lohn-, Lohnzusatz-, Energie- und Umweltkosten zu kämpfen hat. Auch die Gesamtsteuerbelastung der Unternehmen ist wesentlich höher als in wichtigen Konkurrenzländern.

Wie der Sachverständigenrat deshalb zu Recht betont, ist die Qualitätspflege des Standortes Deutschland ein Dauerauftrag an alle Akteure der Wirtschaftspolitik. Bundesregierung, Unternehmen und Tarifpartner sind gefordert, bei allen kostensteigernden Regelungen zu prüfen, ob sie mit einem hohen Beschäftigungsstand vereinbar sind. Die Bundesregierung hat im Jahreswirtschaftsbericht bereits signalisiert, daß sie das ihre dazu beitragen will, damit die Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb bestehen kann.

Agrarbericht 1992

Einkommensentwicklung im Schatten agrarpolitischer Neuorientierung

Auch der Agrarbericht 1992 spiegelt wiederum das Auf und Ab der Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft wider. Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr (1. Juli 1990 bis 30. Juni 1991) mußten die westdeutschen Landwirte einen deutlichen Rückgang ihrer Einkommen — im Durchschnitt der Betriebe rund 16 Prozent — hinnehmen. Im laufenden Wirtschaftsjahr 1991/92 zeichnet sich erfreulicherweise wieder ein Gewinnanstieg ab; die Schätzungen bewegen sich zwischen fünf und zehn Prozent. Hinter den Durchschnittszahlen verbergen sich sehr unterschiedliche einzelbetriebliche und regionale Einkommensverhältnisse.

Der schwierige Anpassungsprozeß der ostdeutschen Landwirtschaft ist mit umfangreicher Unterstützung der Bundesregierung ein Stück weit vorangekommen; große Hürden sind noch zu überwinden, vor allem bei der Klärung der Eigentumsverhältnisse und der Privatisierung, aber auch bei der weiteren Umstrukturierung der Betriebe und der Entschuldung.

Für die Landwirte steht zwar die aktuelle Einkommenslage im Mittelpunkt; schwer wiegt aber auch die Frage nach den zukünftigen Einkommenschancen. Die gegenwärtige Wirtschaftsentwicklung in den Betrieben wird überschattet von der Unsicherheit, die mit der Neuorientierung der EG-Agrarpolitik verbunden ist. Der Landwirtschaft fehlen klare Perspektiven, weil der Ausgang der GATT- und

der Reformverhandlungen noch offen ist. Die Landwirte brauchen so bald wie möglich Klarheit über die zukünftige Entwicklung. Daher drängt die agrarpolitische Neuorientierung. Sie muß allerdings eine für die europäische Landwirtschaft erträgliche Ausgangslage für die weitere Entwicklung schaffen. Dies ist bisher nicht gesichert.

So sieht das Reformkonzept der EG-Kommission als ein wesentliches Element den zum Teil weitgehenden Übergang von der Preisstützung auf direkte Einkommenstransfers vor, was im Grundsatz, jedoch nicht in der Tragweite von den Mitgliedstaaten akzeptiert wird. Bis zur Stunde ist ungeklärt, ob und in welchem Umfang der in Brüssel geplante

Von Egon Susset, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Einkommensausgleich für Preissenkungen im Rahmen der GATT-Verhandlungen Bestand hat. Wir können jedenfalls einem GATT-Abkommen nicht zustimmen, das die Reform der Agrarpolitik unterläuft. Wir unterstützen mit Nachdruck die Verhandlungslinie von Bundesminister Kiechle, auf dem in der Koalitionsvereinbarung zugesicherten Einkommensausgleich für GATT- und reformbedingte Preissenkungen zu beharren.

Erfreulich ist, daß sich die Einkommensentwicklung zwischenzeitlich stabilisiert

hat. Nach einem spürbaren Preis- und Einkommensrückgang im abgelaufenen Wirtschaftsjahr können die deutschen Landwirte wieder mit höheren Erzeugerpreisen für wichtige Agrarprodukte rechnen:

● Im vergangenen Wirtschaftsjahr 1990/91 haben sinkende Preise vor allem bei Milch, Schlachtvieh und pflanzlichen Erzeugnissen zu einem Gewinnabfall von durchschnittlich 16 Prozent in den Betrieben geführt.

Wieder höhere Erlöse

● Dauerkulturen, vor allem Wein, waren am wenigsten vom Gewinnrückgang betroffen.

● Regional haben sich die baden-württembergischen Landwirte am besten behaupten können; sie hatten den geringsten Gewinnrückgang in den westdeutschen Ländern.

Bedauerliche Folge der Gewinneinbußen ist, daß sich die Kluft zwischen landwirtschaftlichem und außerlandwirtschaftlichem Einkommen wieder stark vergrößert hat.

Gleichzeitig ist festzustellen, daß bei sinkenden Erzeugerpreisen die staatlichen Einkommenshilfen an Gewicht gewonnen haben.

● Im laufenden Wirtschaftsjahr 1991/92 tendieren die Gewinne der Vollerwerbsbetriebe wieder nach oben. Dahinter stehen höhere Erlöse bei den meisten pflanzlichen Produkten und ein starker Anstieg der Preise für Schlachtschweine. Gerade auf dem nicht in ein Marktordnungssystem eingebundenen Schweinemarkt haben die Marktkräfte heilsam gewirkt und Angebot und Nachfrage zueinander geführt.

Der nach den Vorschätzungen vorausgerichtliche Gewinnanstieg im laufenden

Wirtschaftsjahr kann allerdings die Einkommenseinbußen vom Vorjahr nicht wettmachen.

Deutlich wird aus dem Agrarbericht 1992 auch, welche enormen Anpassungsschritte die ostdeutsche Landwirtschaft und die in ihr Beschäftigten in kurzer Zeit vollzogen haben:

● Von den ehemals rund 850.000 waren Ende 1991 noch rund 300.000 Beschäftigte in der Landwirtschaft tätig.

● Rund 14.000 bäuerliche Einzelbetriebe werden inzwischen wieder bewirtschaftet.

● Die Überschußproduktion bei wichtigen Agrarerzeugnissen ist ebenfalls in kürzester Zeit in erheblichem Umfang zurückgeführt worden;

● gleichzeitig konnten die Erzeugerpreise mit Ausnahme von Milch weitgehend stabilisiert und an das westliche Preisniveau herangeführt werden.

Kein Hauruckverfahren

Dreh- und Angelpunkt für die Zukunft der Landwirtschaft ist eine durchgreifende Entlastung überschüssiger Agrarmärkte und eine Stabilisierung der Erzeugerpreise. Die unverzichtbare Marktсанierung läßt sich nicht mit einem Hauruck-Verfahren drastischer Preissenkungen bewerkstelligen. Dies scheinen zunehmend auch SPD-Politiker zu erkennen. Die Marktanpassung muß zusammen mit den Landwirten durchgeführt werden. Dazu eignet sich am besten die unmittelbare Drosselung der Produktion aufgrund freiwilliger Entscheidung verbunden mit dem Anreiz von Ausgleichszahlungen. Der Einsatz für die Mengenerückführung muß sich für die Landwirte inbarer Münze auszahlen.

Die Verunsicherung in der Landwirtschaft muß ein Ende haben. ■

Weltweites FCKW-Verbot bis 1995

Zu den sich weiter dramatisch zuspitzenden Meldungen über das weitere Fortschreiten des Ozonlochs erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU, Kurt-Dieter Grill:

Die jüngsten dramatischen Meldungen über die Ausweitung des Ozonlochs sowie über die Gefahren des Treibhauseffektes belegen, daß zur bisherigen Klimapolitik der Bundesregierung mit dem Ausstieg aus der FCKW-Produktion und ihrem CO₂-Minderungsziel keine Alternative besteht. Nur mit ehrgeizigen Zielen und entschiedenem Handeln läßt sich der dramatischen Entwicklung ausreichend Rechnung tragen.

Ein bedeutender Schritt zur Bewahrung der Ozonschicht wäre ein weltweites Verbot der FCKW-Produktion bis zum Jahre 1995. Die Bundesregierung sollte dafür sorgen, daß eine solche Grundsatzentscheidung zur Verschärfung des Montrealer Protokolls, das gegenwärtig erst den weltweiten Ausstieg aus der FCKW-Produktion bis zum Jahre 2000 vorsieht, auf der UN-Konferenz „Umwelt und

Entwicklung“ im Juni dieses Jahres in Rio de Janeiro getroffen wird.

Zugleich muß die Bundesrepublik auch auf dem Feld der CO₂-Reduktion ihre Schrittmacherrolle beibehalten. Insbesondere gilt es auf die Staaten der Europäischen Gemeinschaft mit dem Ziel einzuwirken, bis Mai 1992 zu Beschlüssen über die Begrenzung der CO₂-Emissionen und zur generellen Steigerung der Energieeffizienz zu gelangen. Dazu gehört auch ein Grundsatzbeschluß über die Einführung einer EG-weiten CO₂-Abgabe/Energiesteuer.

Nur mit entschlossenem internationalen Handeln können wir die gegenwärtigen globalen Klimagefahren meistern und ein entsprechendes Signal für die Umweltkonferenz setzen.

Darüber hinaus müssen wir auch zu weitergehenden Veränderungen unseres Lebensstils gelangen. Nur wenn wir z. B. auch im Verkehrsbereich die CO₂-Emissionen drastisch vermindern, werden wir letztlich erfolgreich sein. Verkehrsverlagerung und -vermeidung sowie auch die vorbehaltlose Prüfung eines Tempolimits sind hier entsprechende Maßnahmen. ■

Auch Töpfer für noch schnelleren Ausstieg

Der weltweite Ausstieg aus der Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) muß auch nach Ansicht von Bundesumweltminister Töpfer schneller erfolgen als bisher vorgesehen.

Die Entwicklung der dazu nötigen Ersatzstoffe und Verfahren müsse beschleunigt werden, betonte Töpfer vor dem Hintergrund der jüngsten Erkenntnisse der US-Raumfahrtbe-

hörde NASA über eine starke Abnahme der Ozonschicht auch über der nördlichen Hemisphäre.

Klaus Töpfer: Die gegenwärtigen Planungen über den Ausstieg aus Produktion und Verbrauch von FCKW dürfen nicht der letzte Punkt sein, sondern müssen weiter vorangetrieben werden. Ein sofortiger Produktionsstopp ist zwar nicht möglich, doch müssen auch in Deutschland die Fristen überprüft werden.

Grundlage einer neuen Ära im deutsch-ungarischen Verhältnis

Zur Unterzeichnung des deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrages durch Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident József Antall erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Heinz Hornhues:

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ungarn über freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa ist die Grundlage einer neuen und zukunftsorientierten Ära im deutsch-ungarischen Verhältnis. Er ist Ergebnis und Perspektive für eine europäisch orientierte Zusammenarbeit, für die Ungarn selbst den Weg geöffnet hat.

Der deutsch-ungarische Freundschaftsvertrag unterstreicht das Ziel der deutschen Außenpolitik, das demokratische Ungarn noch enger an die Europäische Gemeinschaft heranzuführen. Mit der Unterzeichnung der Assoziierungsverträge Ende 1991 ist dazu ein erster Schritt getan. Mit dem Vertrag verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland jedoch auch, aktiv für eine Vollmitgliedschaft Ungarns in der EG einzutreten, sobald die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Nach dem bereits ratifizierten Vertrag mit der Volksrepublik Polen und den geplanten Verträgen mit der Tschechoslowakei und Bulgarien ist der deutsch-ungarische Freundschaftsvertrag ein wichtiger Baustein in der deutschen Außenpolitik und ihrer Zusammenarbeit mit den Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa, durch den die Demokratie gestärkt und der Aufbau einer sozial gerechten und am Markt

orientierten Wirtschaftsordnung gefestigt wird.

Die hohe Qualität der deutsch-ungarischen Beziehungen wird nicht nur durch jetzt im Vertrag vereinbarte Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes, der Verkehrspolitik, der Bildungs- und Sozialpolitik, der Rechts- und Kulturpolitik und des Jugendaustausches unterstrichen, sondern gilt auch für das uneingeschränkte Bekenntnis zum KSZE-Prozess, zur Charta von Paris für ein neues Europa und die vertraglichen Regelungen zum Schutz der über 200.000 Mitglieder der deutschen Minderheit in Ungarn. Da ca. fünf Millionen Ungarn selbst im Aus-

Ungarn hat den ersten Stein aus der Mauer geschlagen.

land leben, hat der Schutz der ethnischen Minderheiten in der Republik Ungarn einen außerordentlich hohen Stellenwert.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Ungarn jedoch nicht nur für seine Minderheitenpolitik dankbar, die angesichts der vielfältigen ethnischen Konflikte und neuen Nationalismen in Mittel- und Osteuropa eine Vorbildfunktion hat. Ungarn hat auch durch die Öffnung der Grenze für die DDR-Flüchtlinge im Herbst 1989 den ersten Stein aus der Mauer geschlagen und damit einen wichtigen Beitrag zur Vollendung der deutschen Einheit geleistet. Deutschland und Ungarn wollen diese gemeinsamen Erfahrungen auch in das europäische Einigungswerk einbringen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird diese Aufgabe weiterhin nach Kräften unterstützen. ■

Asylantenproblem läßt sich nicht durch Geschenke des Bundes lösen

Zu den Forderungen, der Bund solle leerstehende Kasernen den Ländern kostenlos zur Unterbringung von Asylbewerbern überlassen, erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt Faltlhauser:

Nach geltendem Haushaltsrecht dürfen Liegenschaften des Bundes grundsätzlich nicht unter dem Verkehrswert veräußert bzw. unter dem üblichen Preis vermietet werden. Gleichwohl stellt der Bund bereits für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus u. ä. militärisch nicht mehr benötigte Liegenschaften den Kommunen stark verbilligt zur Verfügung.

Dies ist bereits ein weitgehendes Entgegenkommen des Bundes. Die meisten Länder sind bei der Vergabe von Landesgrundstücken an Kommunen dem guten Beispiel des Finanzministers bislang keinen Millimeter gefolgt.

Es mutet merkwürdig an, wenn Länder vom Bund die kostenlose Bereitstellung

von Grundstücken fordern, andererseits aber selbst nicht bereit sind, eigene Grundstücke den Kommunen zur Unterbringung von Asylbewerbern kostenlos oder verbilligt zu überlassen.

Was passiert, wenn kostenlos überlassene Bundeswehrliegenschaften nicht mehr für Asylantenunterbringung benötigt werden? Bislang hat noch niemand erklärt, in diesem Fall die Grundstücke an den Bund zurück zu übertragen.

Das Asylantenproblem läßt sich nicht durch Geschenke des Bundes lösen, sondern nur durch eine möglichst schnelle Änderung von Artikel 16 des Grundgesetzes. Diejenigen, die jetzt laut nach Grundstücken des Bundes schreien, täten besser daran, der überfälligen Änderung des Asylartikels im Grundgesetz zuzustimmen.

Bundesfinanzminister Waigel ist deshalb darin beizupflichten, daß er sich weigert, Kasernen zur Unterbringung von Asylbewerbern kostenlos abzugeben.

Jüngster Ortsvorsitzender der CDU

Zum jüngsten Vorsitzenden eines Ortsverbandes der CDU Deutschlands wurde der 16jährige Alexander Richter aus Velten im Kreis Oranienburg gewählt.

Der Schüler, der auch stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union Brandenburg ist, konnte sich erfolgreich gegen einen Mitbewerber durchsetzen. Richter war als 14jähriger während der Wende in der DDR Mitglied

des Arbeitskreises „Bildung“ des neuen Forums seines Heimatortes. Im November 1989 gründete er mit Freunden in Schwedt/Oder den dortigen Verband der Christlich Demokratischen Jugend (CDJ).

Nach dem Zusammenschluß der CDJ mit der Jungen Union wurde er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden des JU des Landesverbandes Brandenburg gewählt.

Generalsekretär Volker Rühle:

„In der Wahrheit leben“ – die große Chance der freiheitlichen Demokratie

Für eine gemeinsame Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus mit dem Innenminister von Sachsen, Heinz Eggert, dem Umweltminister von Sachsen, Arnold Vaatz, und Rainer Eppelmann zum Thema „Umgang mit dem SED-Unrecht“ hat Generalsekretär Volker Rühle in sieben Punkten die folgenden grundsätzlichen Überlegungen formuliert:

1 „In der Wahrheit leben“: dieses Motto beschreibt die große Chance, die die freiheitliche Demokratie bietet.

Der Sozialismus war unlösbar verknüpft mit einem weit verästelten System der staatlich verordneten und organisierten Lüge.

Gelogen wird auch in der Demokratie. Aber die Demokratie ermöglicht es immer wieder, die Wahrheit aufzudecken, weil es wirkliche Freiheit ohne Wahrheit nicht gibt.

2 Das Motto „In der Wahrheit leben“ läßt sich auch umkehren: Ohne Wahrheit kann man nicht leben. Deshalb muß allen widersprochen werden, die die Vergangenheit auf sich beruhen lassen wollen, die einfach sagen: Schwamm drüber! Wahrheiten, die unterdrückt werden, werden giftig.

Man kann vor der Wahrheit weglaufen. Aber irgendwann wird man von der Wahrheit eingeholt.

In Deutschland blieb nach 1945 weitgehend die Frage unbeantwortet, wie es dazu kommen konnte, daß ein großer Teil des deutschen Volkes die Barbarei

des Nazi-Regimes hingenommen hat. Im Westen war es dann die Generation der Söhne und Töchter, die in den 60er Jahren diese Frage mit bohrender Ungeduld aufgegriffen hat.

Unsere Söhne und Töchter werden uns einmal danach fragen, wie wir mit dieser bedrückenden Last vierzigjähriger SED-Herrschaft umgegangen sind. Wir dürfen die Lügen nicht unaufgearbeitet an die nächste Generation weiterreichen. Wir werden die Zukunft nur gewinnen können, wenn wir uns heute der Vergangenheit stellen.

3 In der Wahrheit leben — das kann und darf nicht nur ein Thema der Menschen in den neuen Bundesländern sein. Auch die Menschen im Westen müssen ein Interesse daran haben, daß die schwärende Wunde, die ein Unrechtssystem nach 40 Jahren hinterlassen hat, wirklich verheilt. Denn: wenn ein Teil krank ist, dann ist das Ganze nicht gesund.

Die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands ist nicht nur ein Problem des Produktivitätsfortschritts im Osten. Überdies ist dieses Problem noch nicht einmal das bedeutendste. Viel wichtiger sind die immateriellen Aspekte. Und dazu gehört vor allem auch die Aufarbeitung der Vergangenheit.

Die Wahrheit kann nur in den neuen Ländern gefunden werden. Zur Wahrheitsfindung können die Menschen im Westen kaum etwas beitragen, denn sie haben nie unter den Bedingungen einer Diktatur leben müssen. Deshalb darf die Aufarbeitung der Vergangenheit auch

nicht so vorgenommen werden, daß der Westen der Ankläger und die Menschen im Osten die Angeklagten sind.

Wir brauchen das gemeinsame Gespräch. Wir brauchen die Hörbereitschaft im Westen und wir brauchen die Bereitschaft im Osten, die Wahrheit öffentlich zu machen.

4 Wir müssen wegkommen von einer falschen Fixierung auf die Akten des MfS. Nicht alles, was in den Akten steht, ist wahr; und nicht alles, was wahr ist, findet man in den Akten. Nicht jeder, der in den Akten auftaucht, war ein IM; aber auch nicht jeder, der IM oder OibE war, ist in den Akten wiederzufinden. Die Schläge der Wärter in Bautzen sind ebenfalls wenig in Stasi-Akten verzeichnet wie das lautlose Einverständnis, mit dem die herrschende Nomenklatura sich gegenseitig Vorteile verschafft hat.

Wir müssen aufpassen, daß die papiernen Kelike des Stasi-Kraken nicht auch im geeinten Deutschland noch Macht über uns haben.

5 Die Wahrheit kann nur gefunden werden, wenn man die ganze Wahrheit in Blick nimmt. Selektive Wahrheiten sind nur halbe Wahrheiten. Eine halbe Wahrheit kommt oft einer großen Lüge sehr nahe.

Es ist wahr, daß die CDU in der DDR mitverantwortlich war für die Zustände im Land, und es führte deshalb kein Weg daran vorbei, daß wir uns dieser Vergangenheit stellen und dort, wo es notwendig war, auch Konsequenzen gezogen haben. Die CDU hat sich dieser Notwendigkeit gestellt. Diese teilweise sehr schmerzhafteste Diskussion hat sie gestärkt, nicht geschwächt.

Aber: ist es nur die CDU, die sich der Vergangenheit zu stellen hat? Gehören zur ganzen Wahrheit nicht auch die Vereinigung von SPD und KPD, das gemein-

same Papier von SED und SPD, die aus DDR-Beständen übernommenen Vermögenswerte der FDP, die überaus freundschaftlichen Kontakte von DGB und FDGB und schließlich auch die Kommissionen, auf die sich Künstler, Schriftsteller, Professoren oder Journalisten eingelassen haben?

Der vordergründige Blick auf die offensichtlich Schuldigen und die offenkundigen Opfer enthüllt noch nicht die ganze Wahrheit. Zur ganzen Wahrheit gehört z.B. auch die Frage, wieviel Distanzlosigkeit zum System praktiziert wurde und wieviel Widerstand zu leisten versäumt worden ist.

Das Unrecht wird nur angemessen aufgearbeitet werden können, wenn sich alle in unserer Gesellschaft aufrichtig der Vergangenheit stellen.

6 Um wirklich die volle Wahrheit aufdecken zu können, müssen wir den Opfern mehr öffentliches Gehör verschaffen. Statt den verlogenen Verteidigungsreden ehemaliger SED-Größen ein Millionen-Publikum zu verschaffen, müssen die Medien alle Anstrengungen unternehmen, die Opfer zu Wort kommen zu lassen. Statt über die Opfer zu reden, müssen die Opfer selbst reden können.

Die Vergangenheit aufarbeiten — das geschieht immer dort, wo berichtet wird, wie es wirklich war. Die Opfer von gestern haben heute auch eine Aufklärungspflicht gegenüber der Gesellschaft. „Opfergeschichten“ — das wäre ein neues, zeitgemäßes und notwendiges Sujet in Fernsehen, Hörfunk und Presse.

7 So wie Freiheit ohne Wahrheit nicht möglich ist, so gibt es auch keine Wahrheit ohne Gerechtigkeit.

Die Wahrheit kennen, ist das eine; mit der Wahrheit leben, ist viel schwieriger. Es wird letztlich nur dann möglich sein,

Europäische Volkspartei **CDU/CSU-Gruppe** **wählte neuen Vorstand**

Die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion hat in Straßburg ihren neuen Vorstand gewählt. Dieser löst turnusgemäß die zu Beginn der Legislaturperiode 1989 gewählten Vorstandsmitglieder für die zweite Hälfte der Legislatur ab. Günter Rinsche (CDU) wurde als Vorsitzender der Gruppe wiedergewählt.

Zum Nachfolger des seit siebeneinhalb Jahren amtierenden Ko-Vorsitzenden Fritz Pirkel (CSU), der nicht wieder für das Amt kandidierte, wurde Ingo Friedrich (CSU) gewählt. Friedrich folgt Pirkel auch im Amt des Sprechers der CSU-Gruppe, für das Pirkel ebenfalls nicht mehr kandidierte.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden Diemut Theato (CDU) und Hans-Gert Pöttering (CDU) wiedergewählt.

Für die assoziierten Mitglieder aus den neuen Bundesländern wurde Jürgen Schröder (Beobachter, CDU Sachsen) in den Vorstand gewählt. Gerd Müller (CSU) wurde als Nachfolger Ingo Friedrichs zum Geschäftsführer der Gruppe gewählt. Die Kassenprüfer der Gruppe, Rinhold Bocklett (CSU) und Godelieve Quisthoudt-Rowohl (CDU), wurden in ihrem Amt bestätigt.

* * *

Pöttering wieder **Ausschußvorsitzender**

Der CDU-Europaabgeordnete Hans-Gert Pöttering ist zum vierten Mal zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Sicherheit und Abrüstung“, des Europäischen Parlaments gewählt worden. Pöttering leitet diesen Ausschuß seit dessen Begründung im Jahre 1984 und ist damit der Abgeordnete, der am längsten ohne Unterbrechung einem Ausschuß des Europäischen Parlamentes vorsitzt. Pöttering gilt als einer der maßgeblichen Förderer einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.

wenn die aufgedeckte Ungerechtigkeit so gut wie möglich aus der Welt geschafft wird. Der Rechtsstaat muß seine Qualitäten auch dadurch unter Beweis stellen, daß er Unrecht auch tatsächlich wieder gutzumachen in der Lage ist. Dieser Beweis ist bisher in den Augen der Menschen in den neuen Ländern noch nicht erbracht worden. Das Rechtsempfinden der Bürger wird schweren Schaden nehmen, wenn der Rechtsstaat diesen Beweis schuldig bleibt.

Wenn ehemalige SED-Größen nur wegen Ordnungswidrigkeiten belangt, abhängige Befehlsempfänger aber zu Gefäng-

nisstrafen verurteilt werden, und die Opfer des Unrechts zusehen müssen, wie andere ihre alten Startvorteile bruchlos in eine neue Zeit hinüberretten können, dann wird der Rechtsstaat unglauwbüchrig. Hier liegt eine große Gefahr.

Es ist richtig, daß mit den Mitteln des Rechtsstaates die schlimmen Folgen eines Unrechtsstaates nicht vollständig aufgearbeitet werden können. Aber wir sind nicht nur Rechtsstaat, sondern auch Sozialstaat. Wir stehen in der Pflicht, den Opfern, denen im alten System alle Chancen verwehrt wurden, soviel neue Chancen zu eröffnen wie nur möglich.

Bundesarchivgesetz

Sicherung unersetzlicher Quellen der Geschichte der ehemaligen DDR

Mit seiner Debatte über eine Änderung des Bundesarchivgesetzes ist der Deutsche Bundestag einen wichtigen Schritt vorangegangen in der künftigen Sicherung und Nutzung von Geschichtsquellen, die zum Teil unverzichtbaren Wert haben für die Rekonstruktion und Erforschung der Geschichte der DDR.

Eduard Lintner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Es konnte und durfte nicht zugelassen werden, daß Schriftgut und andere Unterlagen in den Archiven der ehemaligen DDR zerstreut und dann vernichtet werden und damit unersetzliche historische Quellen verlorengehen.

Mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrages hat das Bundesarchiv die Unterlagen zentraler staatlicher Stellen der DDR übernommen, soweit die Unterlagen von Stellen des Bundes zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben nicht mehr benötigt werden. Auch die in den zentralen Archiven der DDR befindlichen Unterlagen staatlicher Archive sind seit der Übernahme ins Bundesarchiv nunmehr im Rahmen des Bundesarchivgesetzes nutzbar.

Im Zentralen Staatsarchiv in Potsdam etwa waren Bestände von 20 Kilometer Länge archiviert. In den laufenden Registereuren und Verwaltungsarchiven der DDR waren Bestände von 40 Kilometer Länge zu erfassen und zu sichern. Zusammen mit den zentralen Archivbeständen in der DDR bis 1945 liegen damit Geschichtsquellen vor, die der histori-

schen Forschung gewaltige Aufgaben stellen, aber auch neue Perspektiven eröffnen.

Für die Akten der Parteien und Massenorganisationen der DDR hatte der Einigungsvertrag insofern eine vorläufige Regelung getroffen, als dieses Archivgut als Bestandteil des Vermögens dieser Organisationen gilt. Es unterliegt der Prüfung und treuhänderischen Verwaltung der Treuhandanstalt und der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR und damit einer gesetzlichen Verfügungsbeschränkung. Mit dem beratenen Gesetzentwurf soll nun auch für dieses Material eine abschließende gesetzliche Regelung getroffen werden.

Zum Verständnis der Geschichte

Die Archive und Bibliotheken dieser DDR-Organisationen enthalten entscheidendes Material für die Analyse und das Verständnis der Struktur und der Geschichte der DDR.

Der Gesetzentwurf stellt zunächst klar, daß Akten der SED, anderer Parteien und der Massenorganisationen der DDR, soweit diese Unterlagen staatliche Angelegenheiten betreffen, dem Bundesarchiv zustehen.

Der Gesetzentwurf ermöglicht darüber hinaus mit der Errichtung einer unselbstständigen Stiftung im Bundesarchiv, daß das gesamte Archivgut von Parteien und Massenorganisationen der DDR, auch soweit es nichtstaatliche Aufgaben

CDU lehnt die Beteiligung des WDR an der „Westschiene“ strikt ab

Zu dem Projekt des „Westschienen“-Kanals erklärte der medienpolitische Sprecher der CDU, der Parlamentarische Staatssekretär Bernd Neumann:

● Die CDU begrüßt die Einrichtung des neuen bundesweiten privaten Fernsehsenders, der bislang unter dem Arbeitstitel „Westschiene“ bekannt ist.

● Da die Frequenzbeschaffung für die „Westschiene“ in Nordrhein-Westfalen nicht auf Kosten des bereits etablierten Privatsenders SAT 1 gehen darf, muß der WDR seine bestehende Dopperversorgung abbauen und überflüssige terrestrische Frequenzen zugunsten der „Westschiene“ abgeben.

● Die CDU hat sich immer für eine klare Trennung von privaten und öffentlich-rechtlichen Sendern ausgesprochen. Aus ordnungspolitischen Gründen lehnt die CDU daher eine wie auch immer geartete Beteiligung des WDR an der „Westschiene“ strikt

ab. Eine solche WDR-Beteiligung würde die klare Trennung beider Systeme unterlaufen, die Gebühren des Zuschauers würden zweckentfremdet, und der WDR, der bereits systemwidrig mit 30 Prozent beim privaten Radio NRW beteiligt ist, würde sich weiter ausdehnen. Ein WDR-Engagement bei dem Privatsender „Westschiene“ würde den Wettbewerb massiv verfälschen und hätte mit Grundversorgung, wie sie dem eigentlichen Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Sender entspricht, nichts mehr zu tun.

● Die CDU fordert die Westdeutsche Landesbank (West LB) dazu auf, ihren Anteil, den sie an dem mit 25,1 Prozent beteiligten „Westschienen“-Gesellschafter „Westdeutsche Medienbeteiligungsgesellschaft mbH“ (WMB) hält, auf andere unabhängige Medienunternehmen zu übertragen, um so einen potentiellen Einfluß der NRW-Landesregierung auszuschließen.

betrifft, zusammengeführt und nach einheitlichen Kriterien umfassend genutzt werden kann.

Der Gesetzentwurf sieht ausdrücklich vor, daß die Unterlagen der Parteien und Massenorganisationen der DDR ohne die generelle Schutzfrist von 30 Jahren zugänglich sind. Dies entspricht Forderungen, die im Parlament, aber auch von der Wissenschaft erhoben wurden, um die Erforschung der jüngeren Vergangenheit nach dem Ende der DDR zu erleichtern, um ohne Zeitverzug mit der histori-

schon und politischen Aufarbeitung dieser Vergangenheit zu beginnen.

Besondere datenschutzrechtliche Vorschriften für die Unterlagen sind im übrigen nicht erforderlich. Der Gesetzentwurf und der vorgesehene Errichtungserlaß übernehmen die im Bundesarchivgesetz bestehende bereichsspezifische Regelung. Mit dem Gesetzentwurf wird auch ein Beitrag dazu geleistet, daß diese Bestände künftig einer internationalen Standards verpflichteten Forschung zugänglich sind. ■

35.000 neue Arbeitsplätze

In Mecklenburg-Vorpommern sind im vergangenen Jahr durch die Mittel zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in Höhe von 625 Millionen DM Investitionen von mehr als 3,5 Milliarden DM angeschoben worden. Das hat das Wirtschaftsministerium in Schwerin mitgeteilt. Von diesem Betrag würden 2,6 Milliarden DM von der gewerblichen Wirtschaft investiert. An den Fördermitteln des Bundes hat die gewerbliche Wirtschaft, in der 35.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, einen Anteil von 45 Prozent.

Über 550.000 neue Telefonanschlüsse

Über 550.000 Kunden in den östlichen Bundesländern haben im vergangenen Jahr einen neuen Telefonanschluß erhalten. Damit sei das Ziel der Telekom, 500.000 neue Anschlüsse bereitzustellen, überschritten worden, sagte Vorstandschef Helmut Ricke. Insgesamt gebe es jetzt in Ostdeutschland 2,4 Millionen Anschlüsse.

Die „telefonische Grenze“ zwischen Ost und West sei ein gutes Stück niedriger worden. Das Telefonieren in beide Richtungen funktioniere inzwischen „nahezu problemlos“. Auch bei der Qualität sei ein riesiger Sprung nach vorn gemacht worden. Nach einer Umfrage kämen jetzt rund zwei Drittel aller Anrufe von Ost nach West bereits beim ersten oder zweiten Wahlversuch

Nachrichten aus den neuen Ländern

zustande. Vor Oktober 1990 seien dies gerade fünf Prozent gewesen.

Lage der Landwirtschaft normalisiert sich

Die Lage der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern beginnt sich nach einer Phase der Umstrukturierung zu normalisieren: Die Erzeugerpreise nähern sich dem Westniveau an, drei Viertel der früheren landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) haben sich eine neue Rechtsform zugelegt, und viele Lebensmittelbetriebe sind privatisiert.

Carl Zeiss Jena liefert an Moskauer Optiker

Die Carl Zeiss Jena GmbH wird eines der größten augenoptischen Versorgungszentren innerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ausstatten. Das Thüringer Unternehmen liefert nach eigenen Angaben Geräte im Wert von mehr als sieben Millionen DM an die Moskauer Firma Interoptika. Neben der technischen Ausrüstung wolle der Jenaer Betrieb dem Moskauer Kunden Management und westliches Know-how vermitteln, hieß es. Der Vertrag ist mit einem Kreditvertrag und einer Hermes-Bürgerschaft abgesichert.

37 Unternehmen aus Uhren-Kombinat hervorgegangen

Aus der Betriebsentflechtung des Uhren-Kombinats Ruhla in Thüringen sind 37 neue Unternehmen hervorgegangen. Bei der ersten abgeschlossenen Privatisierung im Osten ist nach Angaben von Treuhand-Vorstandsmitglied Klaus-Peter Wild jedes dritte Unternehmen mit der Übernahme des Managements durch ehemalige Mitarbeiter, sogenannte Management-Buy-Outs, gebildet worden. In den bisherigen Privatisierungsverträgen wurden Investitionszusagen von insgesamt 120 Millionen DM gemacht.

„Geld ist jedenfalls genug vorhanden“

Über einen Einlagenüberschuß in Höhe von 13 Milliarden Mark verfügen die Volks- und Raiffeisenbanken in den neuen Ländern. Damit steht für sinnvolle und sichere Unternehmensfinanzierungen jedenfalls genug Geld zur Verfügung — so der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), Wolfgang Grüger.

Gut ein Drittel der Bürger in den neuen Ländern hält nach Grügers Worten Aktien- und Investmentfonds für lohnende Geldanlagen. Grüger: Von den gut 21 Milliarden Mark, die Unternehmen und Privatpersonen im Herbst bei Volks- und Raiffeisenbanken angelegt hatten, sind lediglich knapp 5 Milliarden Mark Sparanlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. ■

Generalsekretär Volker Rühle:

Keine Wirtschaftshilfe für die Staaten der GUS ohne Abrüstung

Die Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten befindet sich in einer schweren Krise. Wirtschaftliche Notsituationen, Bürgerkriege und ethnische Konflikte lassen in den Staaten der GUS ein erhebliches Krisenpotential entstehen.

Dies gefährdet nicht nur den Reformprozeß und die Hoffnungen der Menschen in den GUS-Staaten auf Freiheit und wirtschaftliche Entwicklung. Noch immer befinden sich auch in der GUS eine unvorstellbare Anzahl von konventionellen, aber auch von chemischen und atomaren Waffen.

Diese Massenvernichtungswaffen bedrohen nicht nur Frieden und Stabilität in der GUS, sondern auch in ganz Europa, wenn sie in die Hände von Radikalen und politischen Abenteurern fallen. Die westlichen Staaten leisten daher technische Hilfe und intensive Beratung, damit diese Waffen weiterhin unter sicherer Kontrolle verbleiben.

Neue Gefahren ergeben sich aber auch daraus, daß das Wissen über die Herstellung von Massenvernichtungswaffen verkauft, daß Atomexperten mit lukrativen Arbeitsverträgen abgeworben werden können. Hier ist der Westen in besonderer Weise gefordert. Er muß mithelfen zu verhindern, daß unberechenbare Diktatoren in anderen Teilen der Welt mit Hilfe von Atomsöldnern aus der GUS Atomwaffen bauen können. Deshalb ist es richtig, daß vor allem die USA diesen Wissenschaftlern Arbeit und damit eine bessere wirtschaftliche Zukunft anbieten. Die Staaten der GUS müssen aber auch

selbst zu mehr Sicherheit in Europa beitragen. Eines muß deshalb deutlich und unmißverständlich gesagt werden: Nur wer bereit ist, die vereinbarten Abrüstungsabkommen ohne Abstriche zu erfüllen, kann auf weitere Wirtschaftshilfe des Westens hoffen. Im ureigensten Interesse des Westens gilt: Wirtschaftshilfe ohne Abrüstung kann es nicht geben.

Die Finanzmittel, die bisher für die Rüstung bereitstanden, werden im übrigen dringend für den Wiederaufbau der Wirtschaft nach mehr als 70 Jahren Sozialismus gebraucht. Jeder Rubel, der

Gerhard Stoltenberg zu den zusätzlichen finanziellen Forderungen Rußlands im Zusammenhang mit dem Abzug der ehemaligen sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland:

Ich sehe keinen Grund, über die 15 Milliarden hinaus neue finanzielle Verpflichtungen zu übernehmen.

auch künftig in Waffen und Rüstung fließt, fehlt für den Aufbau. Demokratie und Stabilität haben aber nur eine wirkliche Chance, wenn die Menschen in der GUS spüren, daß es auch wirtschaftlich aufwärts geht.

Boris Jelzin hat klargemacht: Rußland setzt auf radikale Abrüstung. Der Westen muß deutlich machen: Dies ist der richtige Weg für die Staaten der GUS und für Frieden und Stabilität in Europa, und diesen Weg sind wir bereit, tatkräftig zu unterstützen. ■

Stichworte zum Vertrag für eine Europäische Union

Unionsbürgerschaft

„Jeder, der die Staatsbürgerschaft in einem der Mitgliedsländer besitzt, wird Bürger der Union sein“, lautet ein Kapitel des Vertrags. Das bedeutet unter anderem:

- Jeder Unionsbürger kann sich innerhalb des Gebietes der Mitgliedstaaten frei bewegen und kann sich überall niederlassen.
- Bei Kommunalwahlen gelten das Wahlrecht und das Recht, zu kandidieren, auch für Einwohner, die in einem anderen Mitgliedstaat beheimatet sind.
- Ein Unionsbürger soll in einem nicht-europäischen Land das Recht auf diplomatischen Schutz und konsularische Betreuung haben.

Subsidiarität

Das Prinzip der Subsidiarität durchzieht den ganzen Text. Es besagt, daß die Gemeinschaft in politischen Angelegenheiten, die außerhalb der ausdrücklich europäischen Rechtssprechung liegen, nur dann und insoweit tätig wird, als die betreffende Angelegenheit nicht ausreichend von dem Mitgliedstaat, sondern besser von der Gemeinschaft erledigt werden kann.

Die Befugnisse des Europäischen Parlaments

In bestimmten Schwerpunktbereichen soll das Parlament zusammen mit dem Ministerrat neue Mitentscheidungsbefug-

nisse erhalten. Sie gestatten ihm, einen Vorschlag mit absoluter Mehrheit abzulehnen, wenn in einem gemeinsamen Vermittlungsausschuß keine Einigung zwischen beiden Gremien erzielt werden kann.

Darüber hinaus erhält das Parlament neue Befugnisse bei der Einsetzung der Kommission und ihres Präsidenten. Deren Amtszeit soll künftig mit der Legislaturperiode des Parlaments übereinstimmen. Angestrebt wird unter anderem auch ein einheitliches Wahlverfahren, für das das Parlament Vorschläge erarbeiten soll.

Haushaltskontrolle

Verschiedene Schritte sind vereinbart worden, um die Kontrolle über die Finanzen der EG zu verstärken. So muß von der Kommission sichergestellt werden, daß neue Maßnahmen innerhalb der finanziellen Möglichkeiten der EG finanziert werden können. Der Status des Rechnungshofes soll verbessert werden; zudem wird das Europäische Parlament dazu ermächtigt, die Kommission zu ersuchen, ihre Ausgaben und Finanzkontrolle offenzulegen.

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die Eingangsbestimmungen des Vertrages legen fest, daß die Union ihren Standort auf der internationalen Szene sichert „durch die Verankerung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die die Umrisse einer gemeinsamen Verteidigungspolitik einschließen soll“.

Die neuen Bestimmungen erlauben ein gemeinsames Vorgehen, das für Mitgliedstaaten verbindlich wäre. Sie umfassen den KSZE-Prozeß, Abrüstung und Kontrolle der Waffen in Europa, Nichtverbreitung von Atomwaffen.

Verteidigung

Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird alle Fragen, die die Sicherheit der Union betreffen, einschließen. Die Westeuropäische Union (WEU), in der neun der Mitgliedstaaten zusammengeschlossen sind, wird der „Verteidigungspfeiler“ der Union. In Maastricht bestärkte eine Erklärung diese Position. Die Hauptelemente dieser Vereinbarung sind:

- Die Unionspolitik sollte nicht zum Nachteil der nationalen Verteidigungspolitiken sein und NATO-Verpflichtungen respektieren.
- Die WEU soll als Verteidigungsbereich der Europäischen Union entwickelt werden und als ein Mittel, die europäische Säule des atlantischen Bündnisses zu stärken. Sie soll eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik formulieren.
- EG-Länder, die nicht in der WEU sind (besonders Griechenland und Dänemark) werden zum Beitritt eingeladen. Andere europäische Staaten könnten assoziierte Mitglieder werden.

Justiz, Innen- und Einwanderungspolitik

Justiz und Innenpolitik bleiben eine intergouvernementale Säule des Unionsvertrages, obwohl die EG-Kommission durch das Mitentscheidungsverfahren beteiligt ist und über begrenzte Initiativrechte verfügt. Als Gebiete von gemeinsamer Interesse sind festgelegt:

- ▶ Asylpolitik,
- ▶ Überschreitung der äußeren EG-Grenzen,
- ▶ Einwanderungspolitik,
- ▶ Bekämpfung des Drogenmißbrauchs,
- ▶ Bekämpfung von Betrug,

- ▶ juristische Zusammenarbeit in zivilen und strafrechtlichen Angelegenheiten,
- ▶ Zollkooperation,
- ▶ Zusammenarbeit mit der Polizei.

Soziale Vereinbarungen

Es wird keine Änderung der bestehenden Sozialbestimmungen des Vertrages von Rom in der Fassung der Einheitlichen Europäischen Akte geben. Jedoch schlossen elf Mitgliedstaaten eine Vereinbarung über die Durchführung der Sozialcharta von 1989 (von der sich Großbritannien selbst ausschloß). Bisher ist kein Text unter der Sozialcharta vereinbart worden. Die Elf haben darin übereingestimmt, daß die folgenden Fragen durch qualifizierte Mehrheit entschieden werden können:

- ▶ Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer,
- ▶ Arbeitsbedingungen,
- ▶ Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer,
- ▶ Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz,
- ▶ berufliche Eingliederung der vom Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen.

Initiativen für neue Politikbereiche

Einige Gebiete der Gemeinschaftspolitik werden in den Unionsverträgen erweitert, und neue werden eingeführt. Hier einige der wichtigsten Neuerungen:

- **Kohäsion:** Bis zum 31. Dezember 1993 wird u.a. ein Kohäsionsfonds zur Verringerung der Kluft zwischen unterschiedlich reichen Regionen eingerichtet.
- **Regionalauschuß:** Dieser Ausschuß besteht aus den Vertretern regionaler und lokaler Gebietskörperschaften. Er wird vom Rat oder der Kommission zu deren Beratung eingeschaltet und kann selbst

Aus dem Asylproblem droht ein Fall Engholm zu werden

Zur Asyldebatte innerhalb der SPD erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Johannes Gerster:

Der SPD-Vorsitzende Engholm hat bei der Vereinbarung der Parteivorsitzenden über ein neues Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz am 10. Oktober 1991 im Bundeskanzleramt verbindlich erklärt, daß er die Zustimmung und Unterstützung der SPD-regierten Länder für dieses Gesetz garantiere.

Die Innen- und Rechtspolitiker der CDU/CSU, SPD und FDP haben einen gemeinsamen Gesetzentwurf ausgehandelt, der in der kommenden Woche den Fraktionen des Bundestages zur Abstimmung vorliegt. Dieser Gesetzentwurf hält sich peinlich genau an die Vereinbarungen der Parteivorsitzenden. Unstimmigkeiten, die sich bei gutem Willen leicht ausräumen lassen, da sie nur in einer Zuständigkeitsfrage und in außerhalb der Parteivereinbarung liegenden, von der SPD neu aufgetürmten Zusatzforderungen liegen, waren, sind und bleiben kein Verweigerungsgrund.

Nachdem nach Niedersachsen nun auch Hessen erklärt hat, es wolle dem gemeinsam ausgehandelten Gesetzentwurf nicht zustimmen, stelle ich fest:

- In der Asylpolitik werden bei rot-grünen Koalitionen offenbar die Sozialdemokraten von den Grünen fremdbestimmt.
- Die Rücksichtnahme auf den jeweiligen grünen Koalitionspartner ist offenbar so dringlich, daß es der niedersächsischen und hessischen SPD wenig ausmacht, ihren Bundesvorsitzenden unglaublich, ja lächerlich zu machen.
- Das Asylproblem wird langsam aber sicher ein SPD-internes Problem. Man muß sich fragen, was Vereinbarungen mit diesem Gesprächspartner eigentlich noch wert sind.

Ich fordere den SPD-Vorsitzenden Engholm auf, Wort zu halten. Er hat seine persönliche Autorität mit diesem Asylbeschleunigungsgesetz verbunden. Sollte dieses an der SPD scheitern, würde aus dem Asylproblem ein Fall Engholm.

ständig seine Meinung zu einer Angelegenheit darlegen, bei der nach seiner Einschätzung besondere regionale Interessen betroffen sind.

- **Transeuropäische Netze:** Die Gemeinschaft soll sich an der Errichtung und Entwicklung von transeuropäischen Netzen in den Bereichen Verkehr, Telekommunikation und Energieinfrastruktur beteiligen.
- **Durchführung von EG-Recht:** Der Europäische Gerichtshof kann einen Mitglied-

staat, der es versäumt, ein Urteil des Gerichtshofes zu beachten, zu einer Geldstrafe verurteilen.

- **Ombudsmann:** Das Europäische Parlament ernennt einen Ombudsmann, um die Fälle von nicht einwandfreier Verwaltungstätigkeit der Organe bzw. der Einrichtungen der Gemeinschaft mit Ausnahme des Gerichtshofes zu untersuchen. Bürger, Gesellschaften oder andere juristische Personen haben das Recht, Beschwerde einzulegen.

Landesparteitag in Eckernförde

Die Wahl ist erst entschieden, wenn die Wahllokale schließen

Hochmotiviert und mit viel Schwung startet die CDU Schleswig-Holstein in die heiße Phase des Landtagswahlkampfes. Bei einem Landesparteitag am 8. Februar in Eckernförde machte der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, Ottfried Hennig, deutlich, daß es in Schleswig-Holstein Tausende von enttäuschten SPD-Wählern gibt, die Engholm am 5. April den Rücken kehren werden.

Der Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, der in Eckernförde begeistert gefeiert wurde, forderte die Delegierten dazu auf, sich durch Umfragen und Kommentare nicht irremachen zu lassen. „Die Wahl ist erst entschieden, wenn die Wahllokale schließen und keine Minute früher“, sagte Kohl.

Die CDU Schleswig-Holstein hatte ihren Landesparteitag ganz in das Zeichen Europa gestellt. Schleswig-Holstein will mit einer CDU-geführten Landesregierung in den nächsten Jahren die Weichen dafür stellen, auch in Zukunft Brücke zum Norden bleiben und Drehscheibe zum Osten werden zu können. Aus diesem Anlaß hatte die Landespartei prominente Vertreter aus Nordeuropa zum Landesparteitag eingeladen.

Sozialismus ohne Zukunft

Die Gästeliste führte der schwedische Ministerpräsident Carl Bildt an, der genau die Stimmung der Delegierten traf, als er sagte: „Der Sozialismus hat in ganz

Europa verloren, den Konservativen gehört die Zukunft.“

In der Eckernförder Erklärung, die von den Delegierten einstimmig verabschiedet wurde, macht die CDU Schleswig-Holstein deutlich, daß sie auf die Zusammenarbeit mit den nordeuropäischen Staaten und mit den jungen Demokratien in Mitteleuropa setzt. Dies gelte nicht nur für den Bereich der Wirtschafts- und Hochschulpolitik, sondern insbesondere auch für den Umweltschutz. Die Rettung der Ostsee vor dem ökologischen Zusammenbruch sei nur im Zusammenwirken aller Anliegerstaaten möglich, heißt es in der Erklärung.

Brückenfunktion des Landes auch in Zukunft wahren

Schleswig-Holstein werde seinen Beitrag dazu leisten, die Verbindungen zwischen den Staaten und Kontinenten zu verbessern. Dazu gehörten leistungsgerechte Verkehrsverbindungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft, um die Brückenfunktion des Landes auch in Zukunft wahren zu können. Schleswig-Holstein brauche für seine Zukunft die Zusammenarbeit mit den Nachbarn im Norden und im Osten, am besten im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Sie solle für andere europäische Länder offen sein, forderten die Delegierten.

Das Zusammenwachsen Europas stand auch im Mittelpunkt der Reden des Bundeskanzlers und der europäischen Gäste.

Neue Faltschiffserie

Auf die bisherigen zehn guten Jahre dank der CDU-Politik unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl weisen acht Faltschiff in Einzelthemen hin:

- Deutsche Einheit (Bestell-Nr.: 2465)
- Frieden und Freiheit (Bestell-Nr.: 2463)
- Europa (Bestell-Nr.: 2464)
- Wirtschaft (Bestell-Nr.: 2458)
- Arbeit (Bestell-Nr.: 2459)
- Umwelt (Bestell-Nr.: 2461)
- Rente (Bestell-Nr.: 2462)
- Familie (erscheint später) (Bestell-Nr.: 2460)

Verpackungseinheit: 50 Exemplare

Preis je Verpackungseinheit: 8,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Versmold



CDU
BILANZ
1982-1992
POLITIK FÜR
DIE ZUKUNFT

DEUTSCHE
EINHEIT
FRIEDEN
FREIHEIT
EUROPA
WIRTSCHAFT
ARBEIT
UMWELT
FAMILIE
ersch. später
RENTE

◀ Mit dieser großen Universaltasche können Sie nicht nur Einkaufen gehen, auch im Schwimmbad oder beim Picknick bietet sich der Einsatz dieser Tasche an. Reißfestes Nylongewebe, eine zusätzliche Reißverschluss tasche an der Außenseite sowie die Supergröße von 53 x 40 cm sind die hervorstechenden Merkmale dieser Tasche.

Bestell-Nr.: 9442

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je Einheit: 40,— DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

CDU-Parkscheibe mit neuem Aufdruck



Ab sofort können Sie die neugestaltete CDU-Parkscheibe bestellen. Im Interesse des Umweltschutzes haben wir bei dieser Produktion auf die PVC-Klarsicht-



hülle verzichtet sowie ausschließlich Recycling-Karton verwendet. — Bestell-Nr.: 9814, Verpackungseinheit: 100 Expl., Preis je Einheit: 56,— DM

UID

5/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.